

Pressemitteilung

Studie zeigt politischen Einfluss der Kirchen in der Öffentlichkeit

Theologin Judith Könemann untersucht kirchliche Argumente in öffentlichen Debatten – Tagung des Exzellenzclusters über Religion und Öffentlichkeit am 8. und 9. Mai in Köln

Münster, 28. April 2014 (exc) Die christlichen Kirchen sind in Deutschland nach einer neuen Studie aus dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ konstant in politische Debatten und Prozesse eingebunden. „Sie bedienen sich seit Jahrzehnten professioneller politischer Instrumente und werden insbesondere in ethischen, sozial- und bildungspolitischen Debatten auch von nicht-religiösen Akteuren anerkannt – trotz voranschreitender Säkularisierung in der Gesellschaft“, sagt die Theologin und Soziologin Prof. Dr. Judith Könemann vom Exzellenzcluster der Uni Münster. Gerade in öffentlichen Auseinandersetzungen über Menschenwürde, Zuwanderung, Asyl, Integration oder Medizinethik seien die Kirchen mit mehrheitlich weltlichen Argumenten erfolgreich, so die Leiterin der Studie. „In fast 60 Prozent der untersuchten Äußerungen griffen Kirchenvertreter auf rein weltliche Begründungen zurück.“

In den Quellen zeige sich „ein starkes Selbstverständnis der Kirchen, die Welt in Politik und Gesellschaft mitzugestalten“, erläutert die Wissenschaftlerin. „Mit dem Bezug auf Jesus und Gott ist erst das neunthäufigste Argument der Kirchen in Debatten ausdrücklich religiös begründet.“ Zu den viel häufiger verwendeten Argumenten der religiösen Akteure gehören der Schutz des menschlichen Lebens, die Menschenwürde sowie soziale und rechtliche Maßnahmen, die auch von säkularen Kräften vorgebracht wurden, wie Prof. Könemann ausführt. Ihr Team untersuchte politische Stellungnahmen von Kirchenvertretern in rund 1.500 Medienberichten aus den Jahren 1970 bis 2004; der Schwerpunkt lag auf langjährigen Debatten über Abtreibung und Zuwanderung.

Fast alle politischen Formulierungen der Kirchen seien stark an den jeweils aktuellen Diskurs angepasst. Die Kirchen zeigten typische Handlungsmuster zivilgesellschaftlicher Akteure: die mediale Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, das Auftreten als „Wächterrat“ und die Mobilisierung und Interessenvertretung gesellschaftlicher Gruppen. „Sie traten zum Beispiel immer wieder als Anwälte der Migranten ein.“

Tagung über Religion und Öffentlichkeit

Die Rolle der Religion in der Öffentlichkeit untersuchen Soziologen, Philosophen und Theologen auch auf einer Tagung des Exzellenzclusters und der Universität zu Köln am 8. und 9. Mai in Köln, zu der Prof. Könemann mit der Kölner Theologin Prof. Dr. Saskia Wendel einlädt. Erwartet wird auch der renommierte Religionssoziologe Warren S.

Goldstein von der Harvard University. Zur Teilnahme an der kostenlosen öffentlichen Veranstaltung ist eine Anmeldung bis 30. April erforderlich.

In der neuen Studie konnten die Forscher für manche Gesetzesvorhaben den direkten Einfluss der Kirchen und ihre Einbindung in den demokratischen Prozess nachweisen. So arbeiteten Kirchenvertreter in der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ des Bundesinnenministeriums zur Jahrtausendwende mit und trugen wesentlich zum Entwurf eines neuen Zuwanderungsgesetzes bei, der auf gesellschaftlichen Konsens stieß, wie Prof. Könemann darlegt. Auch hätten die Kirchen regelmäßig medial Themen gesetzt: Sie forderten in den 1980er Jahren eine Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und warben für die Einführung islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. „Die Kirchen leisteten dabei eine erstaunliche und komplexe Vermittlungsarbeit zwischen der Logik des politischen, religiösen und sozialen Bereichs.“

Streit über Kirchenasyl

Wenn die Kirchen sich nicht nur politisch äußerten, sondern sich ins Tagesgeschäft einmischten, setzten Politik und Öffentlichkeit ihnen schnell Grenzen, wie die Forscherin darlegt. Als Beispiel nennt sie einen Streit zwischen Kirche und Staat im Zuge des 1993 verschärften Asylrechts, das vermehrt zu Aufnahme von Flüchtlingen in Kirchengemeinden führte. „Als Kardinal Karl Lehmann das Kirchenasyl als Recht der Christen vor ihrem Gewissen bezeichnete, kritisierte Bundesinnenminister Manfred Kanther dies harsch. Der Kardinal entschuldigte sich öffentlich und betonte, dass Kirchen kein eigenes Recht neben dem des Staates für sich in Anspruch nähmen.“

Die christlichen Konfessionen passten ihre Rolle mehrfach dem sozialen und politischen Wandel an, wie die Untersuchung anhand der Abtreibungsdebatte zeigt. „Mit der Betonung des Lebensschutzes lagen beide Kirchen, Bevölkerungsmehrheit und Recht zunächst nah beieinander.“ Nachdem das 1995 geänderte Gesetz fristgerechte Abtreibung bei staatlich anerkannter Beratung straffrei machte, ging der katholische und evangelische Weg jedoch auseinander. „Während die katholischen Beratungsorganisationen 1998 auf Geheiß von Papst Johannes II. die Schwangerenkonfliktberatung beendete, setzten die evangelischen ihre Arbeit fort.“

Die Studie entstand im Forschungsprojekt C17 „Die Rolle der christlichen Kirchen in der Öffentlichkeit“ des Exzellenzclusters. Das Team analysierte kirchliche Stellungnahmen in 500 Nachrichten und Berichten des Evangelischen Pressedienstes (epd), der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) und regionaler Kirchenzeitungen aus dem Zeitraum von 1970 bis 2004 sowie 1.000 Berichte aus Printmedien wie Der Spiegel, Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Die Tagung am 8. und 9. Mai in Köln trägt den Titel „Religion, Öffentlichkeit, Moderne: Transdisziplinäre Perspektiven“. In einem öffentlichen Abendvortrag spricht Religionssoziologe Warren S. Goldstein von der Harvard University über „The Dialectical Pattern of Secularization: A Comparative-Historical Approach“ (Das dialektische Muster der Säkularisierung: Eine vergleichend-historische Annäherung). Der Vortrag beginnt am

8. Mai um 19.30 Uhr im Hörsaal VIII im Hauptgebäude der Universität Köln, Albertus-Magnus Platz 1. Die Wissenschaftler wollen fächerübergreifend untersuchen, welche Bedeutung religiöse Gemeinschaften und Überlieferungen für eine spätmoderne Gesellschaft einnehmen. Unter den Referenten sind auch Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack vom Exzellenzcluster, Politikwissenschaftler Prof. Dr. Antonius Liedhegener von der Universität Luzern, der Philosoph und katholische Theologe Prof. Dr. Thomas M. Schmidt von der Goethe-Universität Frankfurt sowie die katholische Theologin Prof. Dr. Maureen Junker-Kenny vom Trinity College der University of Dublin. (vvm/han)

Bildzeile: Prof. Dr. Judith Könemann (Foto: privat)

Hinweis: Die Tagung ist frei zugänglich und kostenfrei. Eine verbindliche Anmeldung bis zum 30. April an die Adresse religionundmoderne@gmail.com ist erforderlich.

Kontakt:

Hanno Schiffer
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“
Johannisstraße 1
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de
www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus mehr als 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und 14 Nationen. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen: von der antiken Götterwelt über Judentum, Christentum und Islam in Mittelalter und früher Neuzeit bis hin zur heutigen Situation in Europa, Amerika, Asien und Afrika. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den 43 Exzellenzclustern in Deutschland der einzige zum Thema Religion. Bund und Länder fördern das Vorhaben in der zweiten Förderphase der Exzellenzinitiative von 2012 bis 2017 mit 33,7 Millionen Euro.